

Divergierender Modernisierungsstand im öffentlichen Bereich als Problem?

Die Politik- und Verwaltungsmodernisierung in Österreich bekommt langsam auch in der öffentlichen Wahrnehmung einen höheren Stellenwert. Dementsprechend nimmt etwa das Thema „Qualitätsstandards“ im Programm der gegenwärtigen Bundesregierung einen wichtigen Rang ein. Auch neue Themen, wie z.B. Ethik in der Verwaltung (Festigung der Wertebasis des öffentlichen Handelns, Identifizierung des Public Values), worauf sich einige Beiträge in diesem Heft beziehen, stehen auf der Agenda.

Zur Umsetzung von NPM

Folgen wir einer kürzlich publizierten Studie des Staatsschuldenausschusses¹ über die Umsetzung von Instrumenten des (New) Public Managements bei Bund und Ländern ist v.a. die Bürger- und Kundenorientierung nachhaltig verbessert worden. Dagegen wurden „betriebswirtschaftliche Instrumente, insbesondere ein Controllingssystem mit Kernstück einer umfassenden KLR nur vereinzelt vollzogen“.² Ähnlich schaut es nach meinem Kenntnisstand beim vergleichenden Einsatz von Steuerungskennzahlen über die Leistungen (z.B. Leistungsqualität) und bezüglich optimierter Prozesse aus. Auch die überdurchschnittlich günstigen Resultate von bestimmten Flexiklausel-Einrichtungen (z.B. von Justizanstalten des Bundes) werden kaum genutzt, um als Benchmarks für andere vergleichbare Einrichtungen zu dienen.

Im Bereich der österreichischen Städte dürften die Modernisierungsprozesse weiter gediehen sein. Dies belegen nicht nur der fortgeschrittene Moderni-

sierungsstand in Wien und eine Reihe von Umfragen des Österreichischen Städtebundes über den Modernisierungsstand in den Städten. So zeigte eine Umfrage aus dem Frühjahr 2005, dass die Schwerpunkte der Verwaltungsreform auf dem Abbau der bürokratischen Hierarchieebenen, dem tendenziellen „Rückbau“ zu weit gehender Arbeitsteilung, dem Ausrichten der Organisationen nach Produkten oder Prozessen (ein Drittel der Städte) und der damit verbundenen Produktkritik und Prozessoptimierung sowie in der dezentralen Ressourcenverantwortung für einzelne Organisationseinheiten (40 Prozent) liegen. Der Bürgerservicestellenansatz ist bereits bei zwei Dritteln der Städte umgesetzt, wie eine aktuelle KDZ-Umfrage vom Jänner 2007 zeigt, wobei es bei der Hälfte bereits Überlegungen zu Evaluierung und Weiterentwicklung gibt. Auch mehrere Projekte von Kennzahlenvergleichen des KDZ in einzelnen Regionen bzw. zu einzelnen Dienstleistungsbereichen (wie Kinderbetreuung, Schulen, Abfallwirtschaft, Standesämter, Sozialhilfeverbände) erlauben diesbezügliche Einblicke. In der Regel geben sie den teilnehmenden Städten eine Positionsbestimmung sowie Hinweise über andere, teilweise bessere Praktiken und damit auch direkten Anstoß für weitere Reformschritte. Ein flächendeckender Ansatz der Leistungs- und Qualitätsvergleiche konnte bisher noch nicht erreicht werden.

Modernisierungsbedarf im Bereich des Finanzmanagements

Der jüngst abgeschlossene Pakt über

den Finanzausgleich für die Jahre 2008 bis 2013 zeigt, dass die grundsätzlich gebotenen – und von verschiedenen Seiten (z.B. von der OECD, vom Staatsschuldenausschuss) geforderten – Strukturreformen weitgehend ausgeblieben sind. Weder ist die seit Jahrzehnten als systemfremd kritisierte Landesumlage abgeschafft, noch sind die für die Gemeinden so ungünstigen finanziellen Verflechtungen zwischen Land und Gemeinden (Ko-Finanzierung von Landesaufgaben) abgebaut worden. Ebenso wenig ist die Ausweitung der Steuerautonomie von Gemeinden und Ländern gelungen oder die Zielorientierung des Finanzausgleiches in Richtung der Stärkung der Wachstumsperspektiven für die Volkswirtschaft.³ Auch das Haushaltsrecht der Gemeinden und Länder erfährt seit vielen Jahren kaum Modernisierungsimpulse, da weder betriebswirtschaftliches Rechnen noch eine verstärkte Wirkungs- und Leistungssteuerung zur Ergänzung der (finanzwirtschaftlichen) Inputsteuerung vorgeschrieben wird. Auch die Aus- und Weiterbildung des Personals in Gemeinden und Ländern zu Fragen zeitgemäßen Finanzmanagements lässt vielfach zu wünschen übrig.

Solange das Finanzmanagement mit den anderen zentralen Bereichen der Verwaltungsmodernisierung nicht Schritt hält, ist jedoch kein nachhaltiger Modernisierungserfolg zu erwarten. ■

Helfried Bauer

¹ Grossman, Bernhard; Hauth, Eva: Verwaltungs- und Pensionsreformen im öffentlichen Dienst sowie Finanzierung des Krankenanstaltenwesens. Wien 2007.

² ebenda S. 62.

³ Vgl. hierzu Bauer, Helfried; Rossmann, Bruno: FAG 2008 – mehr Mittel für zusätzliche Aufgaben, wenig grundsätzliche Reformen. In: ÖGZ 73(2007)12.